

## A28NEU Grüne Tierpolitik im Land Bremen und darüber hinaus

Gremium: LAG Tierpolitik  
Beschlussdatum: 27.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Es ist an der Zeit, das Mensch-Tier-Verhältnis neu zu überdenken und zu  
2 definieren. Als einzige politische Kraft erkennen wir Grünen bereits in unserem  
3 Grundsatzprogramm an, dass Tiere Rechte haben. Es ist daher an uns, dafür zu  
4 sorgen, dass sie an diesen Rechten tatsächlich teilhaben können. Ein erster  
5 Schritt dazu ist, sie nicht länger einzig unter dem Gesichtspunkt der Verwertung  
6 und des Nutzens für den Menschen zu betrachten: Wir müssen Schritte hin zu einer  
7 friedlichen Koexistenz von Menschen und anderen Tieren unternehmen.

8 Tiere institutionell stärken

9 Um die Position der Tiere in Politik und Gesellschaft zu stärken, wollen wir das  
10 Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Bremen verschärfen. Neben der  
11 Feststellungsklage sollen in Zukunft auch Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen  
12 möglich sein, damit Tierschutzvergehen nicht mehr nur im Nachhinein  
13 festgestellt, sondern bereits vorbeugend verhindert werden können. Während  
14 Bremen einmal Vorreiter bei der Einführung des Verbandsklagerechts war, wurden  
15 wir inzwischen von anderen Bundesländern überholt: In Nordrhein-Westfalen,  
16 Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland werden bereits alle drei  
17 Klagearten anerkannt.

18 Wir wollen nach dem Vorbild vieler anderer Länder und inzwischen auch Kommunen  
19 eine bezahlte Stelle einer Landestierschutzbeauftragte\*n als zentrale  
20 Anlaufstelle für Bürger\*innen zum Thema Tierschutz schaffen. Außerdem soll das  
21 Landesveterinäramt (LMTVet) personell, materiell sowie mit Befugnissen  
22 angemessen ausgestattet werden, um regelmäßige, unangekündigte Kontrollen von  
23 Tierhaltungen zu ermöglichen. Um ein Bewusstsein für den Umgang mit Tieren zu  
24 schaffen, sollen Tierschutz und Tierrechte Teil der Lehrpläne in Bremen werden  
25 und Kooperationen mit Tierschutz-/Tierrechtsinitiativen gefördert werden.

26 Tiere in der Land- und Forstwirtschaft

27 Die aktuelle Praxis in der Landwirtschaft ist meilenweit entfernt von einem  
28 gesellschaftlich akzeptierten Umgang mit Tieren. Deshalb setzen wir uns auf  
29 Bundesebene für eine radikale Wende in der Landwirtschaftspolitik ein. Die  
30 schlimmsten Auswüchse der industriellen Tierhaltung bekämpfen wir mit  
31 ordnungsrechtlichen Vorgaben in einem neuen Tierschutzgesetz und dazugehörigen  
32 Haltungsverordnungen, etwa Kastenstand, Amputationen, Verbot von  
33 Akkordschlachtung usw. Bei der Förderung von Tierschutzmaßnahmen durch  
34 staatliche Gelder sollen dagegen nur substanzielle Schritte gefördert werden,  
35 etwa der vollständige Verzicht auf Tiertransporte oder ganzjährige Haltung auf  
36 der Weide oder im Offenstall.

37 Es gibt in Deutschland viel zu viel Tierhaltung zur Lebensmittelproduktion. Das  
38 ist nicht nur schlecht für die Umwelt, für unsere Gesundheit, für das Klima und  
39 unzählige Menschen in anderen Teilen der Welt, sondern insbesondere auch für die  
40 Tiere selbst. Deshalb wollen wir uns in Bremen und auf Bundesebene für Programme  
41 einsetzen, die Tierhalter\*innen unterstützen, in andere Arten der Landnutzung zu

42 wechseln, wie beispielsweise Energiewirtschaft (sofern ohne ökologische  
43 Folgeschäden wie beim Maisanbau möglich) oder Tourismus.

44 Wir wollen das Jagdrecht in Bremen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens  
45 reformieren und dabei Treibjagd, Drückjagd und Fallenjagd verbieten. Die  
46 Bejagung von Tieren sollte außerdem durch die dafür vorgesehenen offiziellen  
47 Stellen erfolgen, eine private Hobbyjagd lehnen wir ab. Wir wollen  
48 Grundstückseigentümer\*innen ermöglichen, die Jagd auf ihren eigenen Grundstücken  
49 zu unterbinden.

#### 50 Ernährung und Bekleidung

51 Bremen ist als Stadtstaat kein Schwerpunkt der Tierhaltungsindustrie – aber  
52 durch den Konsum tierischer Produkte, von Lebensmitteln bis zur Bekleidung, hat  
53 das Land großen Einfluss. Diesen wollen wir noch stärker nutzen. In der  
54 öffentlichen Beschaffung soll das Land Bremen wo immer möglich auf Tierprodukte  
55 wie Leder verzichten, etwa bei der Beschaffung von Möbeln oder Autositzen.

56 Wir wollen, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu  
57 entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet  
58 werden. Damit helfen sie nicht nur den Tieren selbst, sondern auch Umwelt und  
59 Klima. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir  
60 werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen  
61 über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, preisgünstige und  
62 vollwertige vegane Alternativen etablieren, damit Konsument\*innen die Freiheit  
63 haben, sich vegan zu ernähren. Zugleich sollen deutlich weniger fleischhaltige  
64 Speisen angeboten werden. Beim Studentenwerk sollen fleisch- oder fischhaltige  
65 Speisen außerdem nicht mehr zusätzlich subventioniert werden, die  
66 subventionierten Essen 1 und 2 also immer vegetarisch oder vegan sein.

67 Wir wollen dafür werben, dass die Mittel des EU-Schulprogramms von Bremischen  
68 Schulen für Obst und Gemüse und nicht für Milch abgerufen werden. Denn Milch als  
69 täglicher Pausensnack ist für Kinder nicht nur gesundheitlich ungeeignet, das  
70 EU-Programm differenziert auch nicht zwischen Haltungsformen und erlaubt damit  
71 auch nicht-ökologisch wirtschaftenden Unternehmen der Milchindustrie, ihre mit  
72 Werbung bedruckten Produkte in die Schulen zu bringen. Diese zusätzliche  
73 Subventionierung der Milchindustrie lehnen wir deshalb ab.

74 Viele Konsument\*innen von Tierprodukten sind mit den Haltungsbedingungen der  
75 Tiere nicht einverstanden, doch auf den Produkten selbst fehlen die nötigen  
76 Informationen über die Herkunft. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine  
77 eindeutige textliche Beschreibung der Haltungsbedingungen auf allen, auch  
78 verarbeiteten Tierprodukten ein. Außerdem wollen wir ein Verbot  
79 schönfärberischer Bilder und Beschreibungen auf Verpackungen und in der Werbung  
80 für Tierprodukte erreichen.

#### 81 Tierversuche in Forschung und Lehre beenden

82 Wir wollen Tierversuche in der Forschung schnellstmöglich abschaffen. Neben  
83 zusätzlichen Forschungsgeldern für Alternativmethoden auf Bundesebene gehört  
84 dazu in Bremen insbesondere, keine Landesmittel für Projekte mit Tierversuchen  
85 auszugeben. Außerdem soll in Zukunft grundsätzlich die Zustimmung der  
86 Ethikkommission notwendig sein, um Tierversuche in Bremen zu genehmigen. Wir  
87 fordern eine paritätische Besetzung der Kommission, in der demnach die Hälfte

88 der Mitglieder auf Vorschlag von Tierschutzverbänden berufen werden soll, und  
89 eine Vergütung der Mitglieder mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung.

90 Tierverbrauch in der Lehre lehnen wir ab. Während angehende Humanmediziner\*innen  
91 beispielsweise an Leichenteilen forschen, machen Biologiestudent\*innen und  
92 andere immer noch Versuche mit lebenden Tieren. Dabei stehen viele, meist auch  
93 mit Blick auf den Lernerfolg viel bessere Alternativmethoden zur Verfügung, etwa  
94 hochauflösende Videos oder Virtual-Reality-Anwendungen. Wir wollen Ausbildung  
95 und Studium in Bremen tierverbrauchsfrei machen und dafür das Hochschulgesetz  
96 entsprechend korrigieren.

97 Heimtiere schützen

98 Nach dem Vorbild Niedersachsens wollen wir die Rasselisten für Hunde abschaffen  
99 und durch Sachkundenachweise und Wesenstests ersetzen. Die praktische Prüfung  
100 der Sachkunde soll dabei für jeden Hund neu abgelegt werden. Außerdem wollen wir  
101 eine Pflicht zum Chippen und Registrieren der Hunde sowie zum Abschließen einer  
102 Haftpflichtversicherung einführen. Damit Hunde endlich auch in der Stadt  
103 genügend Platz bekommen, wollen wir die längst beschlossenen Freilaufflächen  
104 endlich realisieren.

105 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Heimtierschutzverordnung ein, welche  
106 auch eine Positivliste der Tierarten enthält, welche in Privathand gehalten  
107 werden dürfen. Außerdem wollen wir uns für ein Verbot der Boxenhaltung von  
108 Pferden, von sogenannten Exotenbörsen und von Internethandel von Tieren  
109 einsetzen. Bei Fällen von Animal Hoarding, der massenhaften Haltung von  
110 Heimtieren in Privatwohnungen, ist dafür zu sorgen, dass das Tierheim  
111 ausreichend finanziell ausgestattet wird, um die Versorgung der Tiere zu  
112 übernehmen.

113 Tiere sind keine Unterhaltungsgegenstände!

114 Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene endlich ein generelles Verbot für  
115 die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Shows beschlossen wird. In Bremen  
116 wollen wir Ponykarussells verbieten.

117 Der Zoo am Meer in Bremerhaven hält Tiere unter teils katastrophalen  
118 Bedingungen. Weil auf dem bestehenden Gelände kein tierfreundlicherer Zoo  
119 möglich ist, wollen wir diesen in einen tierfreien Tier-Erlebnispark umwandeln,  
120 welcher mit Virtual Reality und Mitmachaspekten wie im Universum oder Klimahaus  
121 lockt, statt mit in Betonkäfigen eingesperrten Tieren.

122 Tiere in der Stadt

123 Wir fordern die Einrichtung von Taubenschlägen nach dem „Augsburger Modell“. In  
124 diesen bekommen die Tauben eine Unterkunft, medizinische Betreuung und  
125 insbesondere artgerechtes Futter, weshalb sie sich in der Folge die meiste Zeit  
126 im Taubenschlag statt auf Futtersuche befinden. Durch den Einsatz von Gipseiern  
127 wird die Population kontrolliert. Dieses Modell hilft nicht nur den Tauben,  
128 sondern ist letztlich auch günstiger als die derzeit für Taubenabwehr und  
129 Reinigung eingesetzten Mittel. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen,  
130 dass Abgaben auf die Taubenzucht erhoben werden, aus denen solche Taubenschläge  
131 in Zukunft finanziert werden.

132 Auch für andere in der Stadt lebende Tiere, insbesondere Insekten und Vögel,  
133 wollen wir mehr Tierschutz erreichen. Dazu wollen wir z. B. verstärkt  
134 Vogelschutzmarkierungen an Häusern, „Insektenhotels“ und mehr Stadtbegrünung mit  
135 Wildblumen.

#### 136 Meeresschutz

137 Unsere Gesellschaft steuert im Moment auf eine ökologische Katastrophe zu: Wir  
138 sind auf dem besten Weg, die Meere der Welt leer zu fischen. Dem müssen wir  
139 dringend Einhalt gebieten. Auf Bundesebene, in der EU und auf internationaler  
140 Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Grundschieppnetz-, Stellnetz-,  
141 Treibnetz-, Langleinen- und Tiefseefischerei ein. Subventionen für Fischerei  
142 wollen wir streichen. Dabei wollen wir prüfen, ob wir vorhandene Subventionen  
143 für die Garnelen-Fischerei in Bremerhaven, welche grundsätzlich mit ökologisch  
144 katastrophalen Grundschieppnetzen erfolgt, kurzfristig beenden können. Außerdem  
145 wollen wir mehr und bessere Kontrollen des Beifangs der Fischereiflotten aus  
146 Bremischen Häfen.

147 Aber nicht nur Fischerei gefährdet unsere Meere, auch die zunehmende Vermüllung.  
148 Wir wollen die Einführung von Mehrwegsystemen für Kaffeebecher, Teller und  
149 Besteck zunächst in Bremen, aber nach Möglichkeit auch bundesweit forcieren. Auf  
150 Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika  
151 ein.

152 In Bremen sollen mehr bzw. überhaupt Kontrollen der Angelberechtigung  
153 stattfinden. Das "Stockangelrecht bremischer Bürger" soll nicht mehr ohne  
154 Fischereiprüfung möglich sein. Außerdem fordern wir Hinweisschilder an häufig  
155 genutzten, aber illegalen Angelstellen, welche auf das Angelverbot hinweisen.

156 Ein gerechter Umgang mit Tieren ist gut für alle. Unser derzeitiger Umgang mit  
157 der Tierwelt hat katastrophale Folgen für Ökosysteme, das globale Klima und  
158 unsere Gesundheit. Es ist im Interesse aller Menschen, Tieren die Rechte zu  
159 gewähren, die ihnen zustehen und den Zyklus der Unterdrückung und Ausbeutung von  
160 leidensfähigen Lebewesen zu beenden. Nur eine Gesellschaft, in der auch die  
161 Rechte der Schwächsten gewahrt werden, ist wirklich nachhaltig, friedlich und  
162 gerecht.

## Begründung

Dieser Antrag ist das Ergebnis eines zweijährigen Programmprozesses innerhalb der LAG Tierpolitik seit ihrer Gründung Anfang 2016. Wir haben uns bei unseren monatlichen Treffen nacheinander mit den vielfältigen tierpolitischen Themen im Land Bremen beschäftigt, dazu Expert\*innen und Initiativen aus Bremen eingeladen und mit ihnen diskutiert und schließlich unsere Positionen bestimmt. Direkt oder indirekt haben an diesem Antrag 30 Menschen mitgewirkt, teilweise Mitglieder der Grünen und teilweise Menschen aus der Stadtgesellschaft und insbesondere von tierpolitischen Initiativen, die Gast unserer LAG waren und mitunter zu regelmäßigen Mitgliedern der LAG oder sogar der Partei geworden sind.

Die intensive Beteiligung von tierpolitischen Initiativen an unserer inhaltlichen Arbeit – vom Stadtaubenprojekt über die Ärzte gegen Tierversuche bis zu Vertreter\*innen des Bremer Tierheims – gewährleistet, dass dieser Antrag die Themen so vertritt, wie sie von Tierschützer\*innen und Tierrechtler\*innen in Bremen und Bremerhaven diskutiert und engagiert vertreten werden. Weite Teile des Antrags decken sich dabei mit urgrünen Positionen aus anderen Ländern oder dem Bundesverband, sei es die Abschaffung der Rasselisten bei Hunden oder das Ende von Tierversuchen. Dieses Grundsatzpapier bietet damit eine Grundlage für die zukünftige Grüne Tierpolitik im Land Bremen und den Programmprozess zur Bürgerschaftswahl 2019.

## Unterstützer\*innen

Kai Wargalla (KV Bremen-Kreisfrei)